



BOTE FÜR TIROL

Amtsblatt der Behörden, Ämter und Gerichte Tirols

Stück 17 / 201. Jahrgang / 2020
Kundgemacht am 29. April 2020

Amtssigniert. SID2020042102192
Informationen unter: amtssignatur.tirol.gv.at

Amtlicher Teil

Nr. 247 Stellenausschreibungen des Amtes der Tiroler Landesregierung

Nr. 248 Berichtigung der Stellenausschreibung: Besetzung der Stelle einer/eines Leiterin/Leiters für das Primariat Kinder- und Jugendmedizin am A. ö. Bezirkskrankenhaus in Reutte

Nr. 249 Verordnung der Bezirkshauptmannschaft Landeck über Abschuss von Birkhähnen für das Jagdjahr 2020/2021

Nr. 250 Kundmachung über die Auflegung des Entwurfes der ersten Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Brixen im Thale

Nr. 251 Verlautbarung der geänderten Geschäftsverteilung des Landesverwaltungsgerichts Tirol für das Jahr 2020

Nr. 252 Offenes Verfahren: Beschaffung Sonderanhangemittel für das KW Prutz (Kauental) für die TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG

Nr. 253 Direktvergabe: Baumeisterarbeiten inkl. Materiallieferung für den Straßenbau, Abwasserbeseitigungswasserversorgungsanlage und Infrastrukturleitungen Vergötschen für die Gemeinde Kauental

Nr. 254 Direktvergabe: Kurzfilmproduktion inkl. Recherche und Drehbuch für die Gemeinde St. Leonhard im Pitztal

Nr. 247 • Amt der Tiroler Landesregierung

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Beim Amt der Tiroler Landesregierung sind derzeit folgende Stellen ausgeschrieben:

- **Landessonderschule mit Internat Mariatal/Kram-sach;** Sozialer Fachdienst (Medizinische Arbeiten, Pflegerische Tätigkeiten, Hilfestellung bei der Nahrungsaufnahme, Administrative Arbeiten), 10 Wochenstunden, Mindestentgelt € 648,40 brutto/Monat, Bewerbungsfrist 22. Mai 2020 (GZ: 70-2020/22).
- **Abteilung Forstplanung;** Technische Naturwissenschaftliche Fachbearbeitung (Försterin/Förster), 40 Wochenstunden, Mindestentgelt € 2.762,50 brutto/Monat, Bewerbungsfrist 11. Mai 2020 (GZ: 70-2020/64).
- **Abteilung Hochbau;** Technische Naturwissenschaftlichen Spezialsachbearbeitung (Administrative Tätigkeiten, Erstellung von Raumbüchern für landeseigene Objekte, Bearbeitung und Betreuung einer Grundstücks- und Immobiliendatenbank), 40 Wochenstunden, Mindestentgelt € 2.194,50 brutto/Monat, Bewerbungsfrist 15. Mai 2020 (GZ: 70-2020/65).

Bewerbungen sind beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Organisation und Personal, Eduard-Wallnöfer-Platz 3, 6020 Innsbruck, unter der entsprechenden Geschäftszahl einzubringen.

Ausführliche Informationen zu der Stellenausschreibung sind im Internet unter www.tirol.gv.at/stellenausschreibungen zu finden.

Bei Fragen stehen die MitarbeiterInnen der Abteilung Organisation und Personal, unter der Telefonnummer 0512/508-2222, zur Verfügung.

Innsbruck, 23. April 2020

Für die Landesregierung: Dr. Pezzei

Nr. 248 • A. ö. Bezirkskrankenhaus Reutte/Tirol

BERICHTIGUNG DER STELLENAUSSCHREIBUNG vom 16. März 2020, Bote für Tirol Nr. 138/2020

Leiterin/Leiters für das
Primariat Kinder- und Jugendmedizin
ehestmöglich zur Neubesetzung

Die Abteilung für Kinderheilkunde und Jugendmedizin am BKH Reutte/Tirol ist eine moderne Abteilung mit hochmotivierten MitarbeiterInnen, welche die kinderärztliche Versorgung im Außerfern und der angrenzenden Gebiete im ambulanten und stationären Bereich sicherstellt: Versorgung aller gesunden Neugeborenen, stationäre Versorgung (15 Betten, einschließlich FG-Überwachungsplätze), ca. 700 PatientInnen pro Jahr, Kinder-Spezialambulanz für Diabetologie, Allergologie, Rheumatologie, Gastro-Enterologie, Kardiologie, Neurodermitis, kinder- und jugendpsychiatrische Konsiliaria. In Kooperation mit der Universitätsklinik Innsbruck finden die Facharztausbildung und Subspezialisierungen statt.

Das BKH Reutte im Tiroler Außerfern befindet sich mitten im Naturpark Tiroler Lech, grenznah zu Deutschland (Allgäu). Der zweitgrößte Arbeitgeber im Bezirk Reutte bietet umfangreiche soziale Leistungen.

Das Haus ist ein Komplettanbieter in Gesundheitsfragen mit den Fachrichtungen: Allgemeine Chirurgie, Anästhesie/Allgemeine Intensivmedizin, Gynäkologie/Geburts-hilfe, Innere Medizin, Kinder- und Jugendheilkunde, Radiologie (Multi-Slice-CT, MRT), Augen-Tagesklinik, HNO-Tagesklinik, Urologie-Wochenklinik, Orthopädie/Traumatologie, Teleneurologie, Psychiatrie-Liaisondienst (ärztlich und pflegerisch).

Qualifikation: abgeschlossenes Studium Dr. med. univ., Approbation/Erfahrung als Fachärztin/Facharzt für Kinderheilkunde, bevorzugt mit einem Sonderfach (Additivfacharzt) der Kinderheilkunde, umfassende klinische Erfahrung, mehrjährige Tätigkeit in leitender Funktion erwünscht, auch als leitende Oberärztin, leitender Oberarzt (Managementausbildung wünschenswert).

Erwartungen: Führung der Abteilung und Vertretung des Primariates nach außen, konstruktive Zusammenarbeit mit dem Rechtsträger, der Kollegialen Führung und den anderen Abteilungen des BKH Reutte, Ausbau der Zusammenarbeit und Kommunikation mit anderen Einrichtungen, insbesondere im niedergelassenen Bereich, Personaleinsatzplanung und -steuerung unter Berücksichtigung des KA-AZG, hohe Kompetenz in der Mitarbeiterführung, kommunikative Fähigkeiten, Qualitäts- und wirtschaftsorientierte Abteilungsführung, Weiterentwicklung der Abteilung in Abstimmung mit der Kollegialen Führung und dem Rechtsträger des Hauses, sowie den niedergelassenen KollegInnen.

Angebot: eine verantwortungsvolle Führungsposition in einem innovativen Gesundheitsunternehmen bei attraktiver Entlohnung, Möglichkeit, den Bereich aktiv zu gestalten und weiter zu entwickeln.

Geregelte Arbeitszeiten, beste Freizeitgestaltung in schöner Umgebung, Möglichkeit qualifizierte ÄrztInnen mitzubringen, ein kollegiales und motiviertes Team, Hilfe bei der Wohnungssuche, Schulzentren und Kindergärten in unmittelbarer Nähe.

Informationen und Datenmaterial zur Erstellung des Leitungskonzeptes für die Abteilung für Kinderheilkunde erhalten Sie selbstverständlich durch unseren Verwaltungsdirektor. Ihr Ansprechpartner für Informationen im medizinischen Bereich ist unser Ärztlicher Direktor.

Bewerber senden eine aussagekräftige Bewerbung bis 10. Juni 2020, mit folgenden Unterlagen:

- Geburtsurkunde
 - Lebenslauf (inkl. aktueller Lichtbilder)
 - Staatsbürgerschaftsnachweis
 - Strafregisterbescheinigung - nicht älter als drei Monate
 - Promotionsurkunde
 - Facharztanerkennung für Kinderheilkunde
 - Ausbildungs- und Dienstzeugnisse ab Promotion
 - Verzeichnis allfällig verfasster, wissenschaftlicher Arbeiten
 - Vorstellung hinsichtlich fachlicher, organisatorischer und wirtschaftlicher Aufgabenstellung und Entwicklung der Abteilung (Konzept)
 - Amtsärztliches Zeugnis - nicht älter als drei Monate
- Dipl. VW Dr. Dietmar Baron, Verwaltungsdirektor, Tel.: +43 (0)5672 601 601, dietmar.baron@bkh-reutte.at
 Prim. Dr. Eugen Ladner, Ärztlicher Direktor, Tel.: +43 (0)5672 601 600, eugen.ladner@bkh-reutte.at
 A. ö. Bezirkskrankenhaus Reutte/Tirol, Krankenhausstraße 39, 6600 Ehenbichl.

Reutte, 24. April 2020

Nr. 249 • Bezirkshauptmannschaft Landeck • JA.AP-151/57

VERORDNUNG über den Abschuss von Birkhähnen für das Jagdjahr 2020/2021

Auf Grund des § 38 a Abs. 3 Tiroler Jagdgesetz 2004 (TJG 2004), LGBl. Nr. 41/2004, zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 163/2019, wird der Abschuss von Birkwild für das Jagdjahr 2020/2021 von der Bezirkshauptmannschaft Landeck als zuständige Jagdbehörde wie folgt verordnet:

§ 1

Unter Bedachtnahme auf die Fünfte Durchführungsverordnung zum Tiroler Jagdgesetz 2004 wird die Anzahl der im Bezirk Landeck für das Jagdjahr 2020/2021 maximal zulässigen Abschüsse von Birkwild mit **102 Stück** festgelegt.

§ 2

Die Aufteilung auf die einzelnen Jagdreviere erfolgt auf Grundlage der von den Jagdausübungsberechtigten im abgelaufenen Jagdjahr gemeldeten Bestände und unter Beachtung des § 1 der Fünften Durchführungsverordnung zum Tiroler Jagdgesetz 2004. Im Jagdjahr 2020/2021 werden die Abschüsse von Birkwild in den einzelnen Hegebereichen wie folgt aufgeteilt:

Hegebezirk Zams:7 Birkhähne

Genossenschaftsjagd Garseil-Starktal:2 Birkhähne
 Genossenschaftsjagd Zammerloch:1 Birkhahn
 Genossenschaftsjagd Zammerberg:1 Birkhahn
 Eigenjagd Schönwies Schattseite:1 Birkhahn
 Eigenjagd Gedingstatt Zams:1 Birkhahn
 Eigenjagd Röteck:1 Birkhahn

Hegebezirk Landeck:5 Birkhähne

Genossenschaftsjagd Landeck:1 Birkhahn
 Genossenschaftsjagd Fließ – linkes Innufer:1 Birkhahn
 Genossenschaftsjagd Tobadill:1 Birkhahn
 Eigenjagd Flathalpe:1 Birkhahn
 Eigenjagd Verbeialpe:1 Birkhahn

Hegebezirk Vorderes Stanzertal:9 Birkhähne

Eigenjagd Ochsenbergalpe Grins:1 Birkhahn
 Eigenjagd Alpe Dawin:1 Birkhahn
 Genossenschaftsjagd Strengen:1 Birkhahn
 Eigenjagd Alpe Kleingfall:1 Birkhahn
 Eigenjagd Alpe Großgfall:1 Birkhahn
 Eigenjagd Alpe Gampernun:1 Birkhahn
 Eigenjagd Alpe Ganatsch:1 Birkhahn
 Genossenschaftsjagd Flirsch:1 Birkhahn
 Genossenschaftsjagd Schnann:1 Birkhahn

Hegebezirk Hinteres Stanzertal:13 Birkhähne

Eigenjagd Pettneu Malfon:1 Birkhahn
 Eigenjagd Pettneu Sonnseite:1 Birkhahn
 Genossenschaftsjagd St. Anton Südseite:1 Birkhahn
 Genossenschaftsjagd St. Anton Sonnseite:1 Birkhahn
 Eigenjagd Rennalpe:1 Birkhahn
 Eigenjagd Rossfall:1 Birkhahn
 Eigenjagd Tanunalpe:1 Birkhahn
 Eigenjagd Schönverwallalpe:1 Birkhahn
 Eigenjagd Alpe Maroi:2 Birkhähne
 Eigenjagd Alpe Arlberg:1 Birkhahn
 Eigenjagd Waldjagd Bundesforste Verwall:1 Birkhahn
 Eigenjagd Verwallalpe:1 Birkhahn

Hegebezirk Vorderes Paznaun:10 Birkhähne

Eigenjagd Stiel Medrig:2 Birkhähne
 Eigenjagd Gampertun:2 Birkhähne
 Genossenschaftsjagd Kappl Nord Ost:1 Birkhahn
 Genossenschaftsjagd Stapf Versing:2 Birkhähne
 Genossenschaftsjagd See:1 Birkhahn
 Eigenjagd Visnitz:1 Birkhahn
 Genossenschaftsjagd Kappl-Durrich:1 Birkhahn

Hegebezirk Hinteres Paznaun:21 Birkhähne

Genossenschaftsjagd Kappl-Nordwest:	2	Birkhähne
Eigenjagd Schmidhochmais:	1	Birkhahn
Eigenjagd Vesul:	1	Birkhahn
Eigenjagd Alpe Dias:	1	Birkhahn
Eigenjagd Ulmicher Wald:	1	Birkhahn
Eigenjagd Alpe Mutta:	1	Birkhahn
Eigenjagd Alpe Larein:	1	Birkhahn
Eigenjagd Agrargemeinschaft Mathon:	2	Birkhähne
Genossenschaftsjagd Galtür:	4	Birkhähne
Eigenjagd Agrargemeinschaft Ischgl Sonnseite:	1	Birkhahn
Eigenjagd Agrargemeinschaft Ischgl Schattseite:	1	Birkhahn
Eigenjagd Alpe Vellil:	1	Birkhahn
Eigenjagd Alpe Pardatsch:	1	Birkhahn
Eigenjagd Scheibenalpe:	1	Birkhahn
Eigenjagd Waldhof:	1	Birkhahn
Eigenjagd Alpe Schnapfenberg:	1	Birkhahn

Hegebezirk Vorderes Kaunertal:5 Birkhähne

Genossenschaftsjagd Fließ rechtes Innufer:	2	Birkhähne
Genossenschaftsjagd Kaunerberg:	1	Birkhahn
Eigenjagd Alpe Falkauns:	2	Birkhähne

Hegebezirk Hinteres Kaunertal:10 Birkhähne

Eigenjagd Alpe Langetsberg:	1	Birkhahn
Eigenjagd Alpe Verpeil:	1	Birkhahn
Eigenjagd Birgalpe:	1	Birkhahn
Eigenjagd Fissladalpe:	1	Birkhahn
Eigenjagd Gepatsch West:	1	Birkhahn
Eigenjagd Habmes:	1	Birkhahn
Eigenjagd Kaiserberg Nassereinalpe:	1	Birkhahn
Genossenschaftsjagd Kaunertal:	2	Birkhähne
Eigenjagd Ochsenalpe Kaunertal:	1	Birkhahn

Hegebezirk Tösens:5 Birkhähnen

Eigenjagd Tösner Bergle:	1	Birkhahn
Genossenschaftsjagd Ried:	1	Birkhahn
Eigenjagd Staatsjagd Tösens:	1	Birkhahn
Eigenjagd Riederberg Fendels:	1	Birkhahn
Genossenschaftsjagd Fendels:	1	Birkhahn

Hegebezirk Sonnenplateau:6 Birkhähne

Genossenschaftsjagd Fiss:	2	Birkhähne
Genossenschaftsjagd Serfaus I:	1	Birkhahn
Genossenschaftsjagd Serfaus II:	1	Birkhahn
Eigenjagd Lader Urg:	1	Birkhahn
Eigenjagd Lader Heuberg:	1	Birkhahn

Hegebezirk Pfunds:11 Birkhähne

Eigenjagd Radurschl der ÖBF:	1	Birkhahn
Genossenschaftsjagd Pfunds-Greit:	1	Birkhahn
Genossenschaftsjagd Pfunds-Kobl-Hengst:	1	Birkhahn
Genossenschaftsjagd Pfunds-Ochsenberg-Prais:	1	Birkhahn
Genossenschaftsjagd Pfunds Heuberg Wand:	1	Birkhahn
Genossenschaftsjagd Spiss:	1	Birkhahn
Eigenjagd Nauders Labaun Pieng I:	2	Birkhähne
Eigenjagd Nauders Labaun Pieng II:	2	Birkhähne
Eigenjagd Alpe Zanders:	1	Birkhahn

§ 3

Aufgrund der morphologischen und der gegebenen und zu erwartenden meteorologischen Verhältnisse wird festgelegt, dass die Abschüsse von Birkwild zu folgenden Zeiten zulässig sind:

a) vom **1. Mai 2020** bis **15. Mai 2020** in den Genossenschaftsjagden Zammerloch, Zammerberg, Landeck, Tobadill, St. Anton Sonnseite, Kappl Nordwest und Kaunerberg und in den Eigenjagden Schönwies Schattseite, Ulmicher Wald, Waldhof, Lader Urg und Tösner Bergle;

b) vom **3. Mai 2020** bis **17. Mai 2020** in den Eigenjagden Alpe Arlberg und Staatsjagd Tösens;

c) vom **5. Mai 2020** bis **19. Mai 2020** in der Genossenschaftsjagd Ried i. O. und in der Eigenjagd Alpe Dias;

d) vom **7. Mai 2020** bis **21. Mai 2020** in der Eigenjagd Waldjagd Bundesforste Verwall;

e) vom **8. Mai 2020** bis **22. Mai 2020** in der Genossenschaftsjagd Garseil Starktal und in der Eigenjagd Pettneu Sonnseite;

f) vom **9. Mai 2020** bis **23. Mai 2020** in den Genossenschaftsjagden Fließ rechtes Innufer, Stapf Versing, Galtür und Fiss und in den Eigenjagden Flathalpe, Verbeilalpe, Schmidhochmais, Alpe Schnapfenberg, Alpe Falkauns, Alpe Langetsberg und Riederberg Fendels;

g) vom **10. Mai 2020** bis **24. Mai 2020** in den Genossenschaftsjagden Fließ linkes Innufer, Strengen, Schnann, See, Kappl Nordost, Kappl Durrich, Kaunertal, Serfaus I, Serfaus II, Fendels, Pfunds Greit, Pfunds Heuberg Wand und Pfunds Kobl-Hengst und in den Eigenjagden Ochsenbergalpe Grins, Alpe Dawin, Alpe Kleingfall, Alpe Großgfall, Alpe Ganatsch, Pettneu Malfon, Alpe Maroi, Stiel Medrig, Visnitz, Alpe Vellil, Agrargemeinschaft Mathon, Alpe Mutta, Scheibenalpe Galtür, Gepatsch West, Lader Heuberg, Radurschl und Nauders Labaun Pieng I;

h) vom **11. Mai 2020** bis **25. Mai 2020** in den Eigenjagden Alpe Pardatsch und Agrargemeinschaft Ischgl Sonnseite;

i) vom **12. Mai 2020** bis **26. Mai 2020** in den Eigenjagden Vesul;

j) vom **15. Mai 2020** bis **29. Mai 2020** in den Eigenjagden Alpe Roßfall, Alpe Larein und Alpe Zanders;

k) vom **16. Mai 2020** bis **30. Mai 2020** in der Eigenjagd Alpe Gampertun;

l) vom **17. Mai 2020** bis **31. Mai 2020** in den Eigenjagden Röteck, Gedingstatt Zams, Agrargemeinschaft Ischgl Schattseite und Nauders Labaun Pieng II;

m) vom **18. Mai 2020** bis **1. Juni 2020** in der Genossenschaftsjagd St. Anton Südseite und in der Eigenjagd Rennalpe;

n) vom **20. Mai 2020** bis **3. Juni 2020** in der Eigenjagd Tanunalpe;

o) vom **21. Mai 2020** bis **4. Juni 2020** in der Eigenjagd Schönverwall;

p) vom **25. Mai 2020** bis **8. Juni 2020** in der Eigenjagd Verwallalpe;

q) vom **30. Mai 2020** bis **13. Juni 2020** in der Genossenschaftsjagd Spiss;

r) vom **1. Juni 2020** bis **15. Juni 2020** in den Eigenjagden Alpe Verpeil, Fissladalpe, Birgalpe, Habmes, Kaiserberg Nassereinalpe und Ochsenbergalpe im Kaunertal;

§ 4

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung stellen eine Verwaltungsübertretung gemäß § 70 Abs. 1 Ziffer 13 Tiroler Jagdgesetz 2004 dar und sind von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu € 6.000,- zu bestrafen.

§ 5

Diese Verordnung tritt am **1. Mai 2020** in Kraft.
Landeck, 20. April 2020

Der Bezirkshauptmann: i. V. Mag. Geiger

Nr. 250 • Gemeinde Brixen im Thale

KUNDMACHUNG

über die Auflegung des Entwurfs der ersten

Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzepts

Der Gemeinderat der Gemeinde Brixen im Thale hat in seiner Sitzung vom 27. Februar 2020 gemäß § 63 Abs. 4 u. 5 Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 – TROG 2016, LGBl. Nr. 101, in Verbindung mit § 6 Tiroler Umweltprüfungsgesetz – TUP, LGBl. Nr. 34/2005, beschlossen, den Entwurf der ersten Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Brixen im Thale während sechs Wochen, zur öffentlichen Einsichtnahme im Gemeindeamt der Gemeinde Brixen im Thale aufzulegen.

Im Rahmen des Auflegungsverfahrens erfolgt die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 6 Abs. 1 TUP.

Darstellung des wesentlichen Inhalts (§ 6 Abs. 4 lit. a TUP): Gemäß § 31c Abs. 2 TROG 2016 hat die Gemeinde spätestens bis zum Ablauf des zehnten Jahres nach dem Inkrafttreten des örtlichen Raumordnungskonzeptes (in der Gemeinde Brixen im Thale nach Ablauf des 14. Jahres, da die Frist für die Fortschreibung des örtlichen Raumordnungskonzeptes per Verordnung des Landes Tirol vom 12. März 2019 zum zweiten Mal um zwei Jahre bis 24. November 2020 verlängert wurde) dessen Fortschreibung zu beschließen. Die Fortschreibung hat gemäß § 31c Abs. 1 TROG 2016 für das gesamte Gemeindegebiet zu erfolgen und ist auf einen Planungszeitraum von weiteren zehn Jahren auszurichten.

Der vom Raumplaner Architekt DI Franz Widmann, 6391 Fieberbrunn ausgearbeitete Entwurf, Zahl: Brixen im Thale_FORT_ÖROK_12_2018 vom 10. Dezember 2018 enthält die gemäß §§ 28 und 31 TROG 2016 in Verbindung mit den betroffenen Durchführungsverordnungen geforderten Inhalte.

Ort und Zeit der Einsichtnahmemöglichkeit (§ 6 Abs. 4 lit. b TUP): Gemeindeamt Brixen im Thale, Bauamt, Dorfstraße 93, 6364 Brixen im Thale

Die sechswöchige Auflage erfolgt **vom 4. Mai 2020 bis einschließlich 16. Juni 2020.**

Die maßgeblichen Unterlagen – Verordnungstext, Pläne, Erläuterungsbericht, Bestandsaufnahme und Umweltbericht – liegen während der Auflagefrist zu den Amtsstunden mit Parteienverkehr im Gemeindeamt Brixen im Thale zur Einsichtnahme auf und sind im Internet unter www.brixen.tirol.gv.at einzusehen.

Hinweis (§ 6 Abs. 4 lit. c TUP): Jedermann steht das Recht zu, bis spätestens eine Woche nach Ablauf der Auflagefrist, eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

Die erste Auflage der Fortschreibung vom März 2020 des örtlichen Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Brixen im Thale (ÖROK) wurde wegen der Coronakrise (Covid 19) ausgesetzt.

Brixen im Thale, 24. April 2020

Der Bürgermeister: DI Huber Ernst

Nr. 251 • Landesverwaltungsgericht Tirol • LVwG-102/37-2020

VERLAUTBARUNG

Geänderte Geschäftsverteilung des Landesverwaltungsgerichts Tirol für das Jahr 2020

Der Personal- und Geschäftsverteilungsausschuss des Landesverwaltungsgerichts Tirol hat am 23. April 2020 gemäß den §§ 10, 18 und 19 des Tiroler Landesverwaltungsgerichtsgesetzes – TLVwGG, LGBl. Nr. 148/2012, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 51/2020, beschlossen:

ABSCHNITT I

§ 1

Zuweisung der Geschäftsfälle

(1) Die Zuweisung der Geschäftsfälle (= Rechts- bzw. Beschwerdesachen) erfolgt durch den Präsidenten, bei seiner Verhinderung durch den Vizepräsidenten, bei dessen Verhinderung durch jenen Landesverwaltungsrichter, der dem Landesverwaltungsgericht unter Berücksichtigung auch allfälliger bereits als Mitglied des Unabhängigen Verwaltungssenates in Tirol zurückgelegter Dienstzeiten am längsten angehört. Kommen danach mehrere Mitglieder in Betracht, so gibt das Lebensalter den Ausschlag.

(2) Die Zuweisung der Geschäftsfälle erfolgt einmal täglich, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist. Am 1. Jänner und am 1. Juli des Jahres beginnt jeweils eine neue Zuweisungsreihe.

(3) Bei der täglichen Zuweisung werden die einlangenden Geschäftsfälle zunächst nach den einzelnen Gruppen (§§ 4 bis 25) geordnet und innerhalb jeder Gruppe alphabetisch geordnet. Sodann werden die Geschäftsfälle, die durch Senate zu entscheiden sind, zugewiesen. Danach werden die verbleibenden Geschäftsfälle aus den Gruppen nach den §§ 4 bis 24 zugewiesen. Schließlich erfolgt die Zuweisung der Geschäftsfälle aus der Gruppe nach § 25. Um eine möglichst gleichmäßige Auslastung der Landesverwaltungsrichter zu erreichen, sind bei der Zuweisung der Geschäftsfälle aus der Gruppe nach § 25 bereits zugewiesene Senatsgeschäftsfälle sowie sonstige Geschäftsfälle der Gruppen nach den §§ 4 bis 24 insofern zu berücksichtigen, als einem Landesverwaltungsrichter Geschäftsfälle der Gruppe nach § 25 nur dann zuzuweisen sind, wenn nicht ein oder mehrere andere Landesverwaltungsrichter eine niedrigere Gesamtbewertungszahl (§ 3) aufweisen.

(4) Ist ein Geschäftsfall verschiedenen Gruppen nach den §§ 4 bis 24 zuzuordnen, ist er jeweils einem Landesverwaltungsrichter der einzelnen Gruppen gesondert zuzuweisen und zu bewerten. Gehört der im konkreten Fall zuständige Landesverwaltungsrichter der ziffernmäßig niedrigsten Gruppe auch einer oder mehrerer der übrigen in Betracht kommenden Gruppen an, so ist dieser Geschäftsfall insoweit diesem Landesverwaltungsrichter zuzuweisen, allerdings gesondert zu bewerten. Ist jedoch ein Geschäftsfall sowohl der Gruppe nach § 4 als auch der Gruppe nach § 11 zuzuordnen, so ist er ausschließlich einem Landesverwaltungsrichter der Gruppe nach § 4, und hier wiederum eingeschränkt auf die Landesverwaltungsrichter Ing. Mag. Herbert Peinstingl, Mag. Hannes Piccolroaz und Dr. Franz Triendl, entsprechend der Reihenfolge der erfolgten Zuweisungen in dieser Gruppe zuzuweisen, allerdings gesondert zu bewerten. Ist schließlich ein Geschäftsfall sowohl der Gruppe nach § 8 als auch der Gruppe nach § 9 zuzuordnen, so ist er ausschließlich einem Landesverwaltungsrichter der Gruppe nach § 9 zuzuweisen, allerdings gesondert zu bewerten.

(5) Ist ein Geschäftsfall einer Gruppe nach den §§ 4 bis 24 und der Gruppe nach § 25 zuzuordnen, ist er einem Landesverwaltungsrichter der betreffenden Gruppe nach den §§ 4 bis 24 zuzuweisen und als eine Rechtssache zu bewerten.

(6) Sind in einem Geschäftsfall sowohl eine Beschwerde gegen die Ablehnung eines Wiedereinsetzungsantrages als auch eine Beschwerde in der Sache selbst enthalten, hat eine gesonderte Bewertung zu erfolgen.

(7) Geschäftsfälle, die am gleichen Tag einlangen, denselben Beschwerdeführer/Antragsteller betreffen und derselben Gruppe nach den §§ 4 bis 25 zuzurechnen sind, werden als verbundene Rechtssachen demselben Landesverwaltungsrichter bzw. demselben Senat zugewiesen. § 1 Abs. 4 2., 3. und 4. Satz gelten sinngemäß.

(8) Geschäftsfälle nach §§ 6 und 16 lit. a und c sind unmittelbar nach deren Einlangen zuzuweisen und bei der täglichen Zuweisung entsprechend zu berücksichtigen (Abs. 3).

(9) Wird nachträglich festgestellt, dass ein Geschäftsfall nicht im Sinn dieser Geschäftsverteilung zugewiesen worden ist, so hat bei der nächsten täglichen Zuweisung eine neuerliche Zuweisung dieses Geschäftsfalles zu erfolgen. Dies hat keine Auswirkungen auf die bereits vorgenommenen anderen Zuweisungen.

(10) Während des Beschäftigungsverbot nach dem Tiroler Mutterschutzgesetz 2005 sowie während der Inanspruchnahme eines Karenzurlaubes nach dem Tiroler Mutterschutzgesetz 2005, dem Tiroler Eltern-Karenzurlaubsgesetz 2005, dem Landesbeamtengesetz oder dem Landesbedienstetengesetz sind dem betreffenden Landesverwaltungsrichter keine Geschäftsfälle zuzuweisen. § 3 Abs. 5 3. Satz gilt sinngemäß.

§ 2

Alphabetische Reihung der Geschäftsfälle

(1) Bei Beschwerden in Verwaltungsstrafverfahren, die nicht vom Beschuldigten erhoben werden, ist auf den Familiennamen des Beschuldigten abzustellen.

(2) Bei Beschwerden in Verwaltungsverfahren, die nicht vom Antragsteller erhoben werden, ist auf den Namen bzw. Familiennamen des Antragstellers, bei amtswegigen Verfahren auf den Namen bzw. Familiennamen des Betroffenen abzustellen. Kommen mehrere Personen in Betracht, ist auf den Namen bzw. Familiennamen des alphabetisch Erstgereihten abzustellen. Bei Namensgleichheit des Familiennamens ist die alphabetische Reihung des Vornamens maßgeblich. Ist eine Agrar-, Bringungs- oder Zusammenlegungsgemeinschaft betroffen, ist auf den Namen der Agrar-, Bringungs- oder Zusammenlegungsgemeinschaft abzustellen.

(3) Namensbestandteile wie „von, van, de, di, della, el, al, o, Mc oder ähnliche“ bleiben – unabhängig ob groß- oder kleingeschrieben – außer Betracht. Bei Firmen-, Vereins- oder Clubnamen etc. finden die Namensbestandteile „Verein, Firma oder Club etc.“ keine Berücksichtigung. Bei Gemeindenamen finden die Namensbestandteile „Gemeinde, Marktgemeinde, Stadtgemeinde etc.“ keine Berücksichtigung. Bei Agrar-, Bringungs- oder Zusammenlegungsgemeinschaften finden die Namensbestandteile „Agrargemeinschaft, Bringungsgemeinschaft oder Zusammenlegungsgemeinschaft etc.“ keine Berücksichtigung.

§ 3

Bewertung der Geschäftsfälle, Zurechnung und Auslastung

(1) Unbeschadet der nachfolgenden Absätze werden die einzelnen Geschäftsfälle grundsätzlich mit jeweils einem Punkt bewertet. Die in § 4 lit. c (betreffend Betriebsanlagenverfahren) und d, § 8 lit. h, § 9 lit. a und h, § 10 lit. a, § 11 lit. d, § 17 lit. c und § 18 lit. a erfassten administrativrechtlichen Geschäftsfälle (ausgenommen Beschwerden gegen Kostenentscheidungen und Entscheidungen nach dem VVG) werden mit jeweils zwei Punkten bewertet. Die in § 6 lit. d, § 10 lit. d, § 11 lit. i (betreffend Baulandumlegungsverfahren) und § 16 lit. a und c erfassten administrativrechtlichen Geschäftsfälle (ausgenommen Beschwerden gegen Kostenentscheidungen und Entscheidungen nach dem VVG) werden mit jeweils drei Punkten bewertet. Betrifft ein administrativer Geschäftsfall der Gruppe nach § 7 mehrere Abgabenarten, hat für jede Abgabenart eine gesonderte Bewertung zu erfolgen.

(2) Senats-Geschäftsfälle sind dem jeweiligen Berichterstatter zuzurechnen.

(3) Bei jenen Landesverwaltungsrichtern, deren Beschäftigungsausmaß 50 % beträgt, wird die sich nach Abs. 1 ergebende Punktezahl jeweils bei jedem Geschäftsfall mit dem Faktor zwei multipliziert. Bei jenen Landesverwaltungsrichtern, deren Beschäftigungsausmaß 60 % beträgt, wird die sich nach Abs. 1 ergebende Punktezahl nach dem Erreichen von drei Punkten jeweils um zwei Punkte erhöht. Bei jenen Landesverwaltungsrichtern, deren Beschäftigungsausmaß 2/3 beträgt, wird die sich nach Abs. 1 ergebende Punktezahl nach dem Erreichen von zwei Punkten jeweils um einen Punkt erhöht. Beim Vizepräsidenten und bei jenen Landesverwaltungsrichtern, deren Beschäftigungsausmaß 75 % beträgt, wird die sich nach Abs. 1 ergebende Punktezahl nach dem Erreichen von drei Punkten jeweils um einen Punkt erhöht.

(4) Sofern ein oder mehrere Landesverwaltungsrichter zum 30. Juni bzw. zum 31. Dezember eines jeden Jahres eine Gesamtbewertungszahl aufweisen, die um mehr als fünf Punkte über der niedrigsten Gesamtbewertungszahl aller in der Gruppe nach § 25 aufgezählten Landesverwaltungsrichter liegt, ist für diesen Landesverwaltungsrichter zu Beginn der neuen Zuweisungsserie (§ 1 Abs. 2) die jeweils über diesen fünf Punkten liegende Bewertungszahl in Anrechnung zu bringen.

(5) Wird einem Landesverwaltungsrichter oder einem Senat ein Geschäftsfall zugewiesen, dessen voraussichtlicher Erledigungsaufwand nicht nur kurzfristig einen überwiegenden Teil der Arbeitszeit in Anspruch nimmt, so kann der Personal- und Geschäftsverteilungsausschuss auf Antrag für diesen Landesverwaltungsrichter (Berichterstatter) eine befristete, teilweise oder gänzliche Zuteilungssperre aussprechen. Diese Zuteilungssperre wird mit dem auf den Tag der Beschlussfassung folgenden Tag wirksam. Sofern der betroffene Landesverwaltungsrichter (Berichterstatter) am Ende der Zuteilungssperre die niedrigste Gesamtbewertungszahl aller in der Gruppe nach § 25 aufgezählten Landesverwaltungsrichter aufweist, ist bei diesem Landesverwaltungsrichter (Berichterstatter) bei der weiteren Zuweisung von Geschäftsfällen nach den vorstehenden Zuweisungsregeln (§ 3) eine Gesamtbewertungszahl anzusetzen, die um einen Punkt unter der Gesamtbewertungszahl jenes oder jener in der Gruppe nach § 25 aufgezählten Landesverwaltungsrichter mit der zu diesem Zeitpunkt zweitniedrigsten Gesamtbewertungszahl liegt. Anstelle einer Zuteilungssperre kann der Personal- und Geschäftsverteilungsausschuss auf Antrag diesem Landesverwaltungsrichter (Berichterstatter) auch eine dem Arbeitsaufwand dieses Geschäftsfalles entsprechende Punktezahl gesondert zusprechen. Die Anrechnung dieser Punktezahl hat zu Beginn der auf die Beschlussfassung folgenden nächsten täglichen Zuweisung zu erfolgen. Eine Zuteilungssperre oder eine entsprechende Punktezahl kann auch dann aus- bzw. zugesprochen werden, wenn Geschäftsfälle vom durchschnittlichen Erledigungsaufwand erheblich abweichen. Eine Zuteilungssperre kann schließlich auch ausgesprochen werden, um im Einzelfall eine möglichst gleiche Auslastung aller Landesverwaltungsrichter zu erreichen.

ABSCHNITT II

§ 4

Gewerberecht – Anlagen

1. Mag. Gerold Dünser
2. Dr. Alexander Hohenhorst
3. Ing. Mag. Herbert Peinstingl
4. Mag. Hannes Piccolroaz
5. Dr. Franz Triendl

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Bäderhygienegesetz – BHygG
- b) Emissionsschutzgesetz für Kesselanlagen – EG-K 2013
- c) Gewerbeordnung 1994 – GewO 1994
- d) Mineralrohstoffgesetz – MinroG
- e) Produktsicherheitsgesetz 2004 – PSG 2004
- f) Rohrleitungsgesetz
- g) Strahlenschutzgesetz – StrSchG
- h) Tabak- und Nichtraucherinnen- bzw. Nichtraucherschutzgesetz - TNRS
- i) Tiroler Campinggesetz 2001

Dem Landesverwaltungsrichter Mag. Gerold Dünser ist nur jeder zweite auf ihn entfallende Geschäftsfall zuzuweisen.

§ 5

Berufsrecht

1. Dr. Alexander Hohenhorst
2. Mag.^a Theresia Kantner
3. Dr.ⁱⁿ Kathrin Keplinger
4. Dr.ⁱⁿ Gudrun Müller LL.M.
5. Dr. Sigmund Rosenkranz
6. Dr.ⁱⁿ Monica Voppichler-Thöni
7. Mag.^a Bettina Weißgatterer

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Allgemeines Sozialversicherungsgesetz – ASVG
- b) Arbeitsinspektionsgesetz 1993 – ArbIG
- c) Arbeitskräfteüberlassungsgesetz – AÜG
- d) ArbeitnehmerInnenschutzgesetz – ASchG
- e) Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 - AIVG
- f) Arbeitsruhegesetz – ARG
- g) Arbeitsverfassungsgesetz – ArbVG
- h) Arbeitsvertragsrechts-Anpassungsgesetz – AVRAG
- i) Arbeitszeitgesetz – AZG
- j) Ausländerbeschäftigungsgesetz – AusIBG
- k) Bauarbeitenkoordinationsgesetz – BauKG
- l) Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz – BUAG
- m) Berufsausbildungsgesetz – BAG
- n) Betriebsordnung für den nichtlinienmäßigen Personenverkehr – BO 1994
- o) Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 – UWG
- p) Gelegenheitsverkehrs-Gesetz 1996 – GelverkG
- q) Gewerbliches Sozialversicherungsgesetz – GSVG
- r) Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz 1987 – KJBG
- s) Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz – LSD-BG
- t) Notariatsordnung – NO
- u) Rechtsanwaltsordnung – RAO
- v) Tierärztegesetz
- w) Tierärztekammergesetz – TÄKamG (ausgenommen Disziplinarsachen)
- x) Wirtschaftskammergesetz 1998 – WKG
- y) Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 – WTBG 2017
- z) Zivildienstgesetz 1986 – ZDG
- aa) Ziviltechnikergesetz 2019 – ZTG 2019 (ausgenommen Disziplinarsachen)
- bb) Tiroler Bergsportführergesetz – TBSFG
- cc) Tiroler EU-Berufsqualifikationen-Anerkennungsgesetz
- dd) Tiroler Schischulgesetz 1995

Der Landesverwaltungsrichterin Mag.^a Theresia Kantner ist nur jeder zweite auf sie entfallende Geschäftsfall zuzuweisen.

Geschäftsfälle, die am gleichen Tag einlangen und dasselbe Unternehmen betreffen, werden als verbundene Rechtssachen demselben Landesverwaltungsrichter zugewiesen.

§ 6

Vergaberecht

1. Dr. Sigmund Rosenkranz
2. Mag.^a Bettina Weißgatterer
3. Dr. Volker-Georg Wurdinger

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Bundesvergabegesetz 2018 – BVergG 2018
- b) Bundesvergabegesetz Konzessionen 2018 – BVergGKonz 2018
- c) Bundesvergabegesetz Verteidigung und Sicherheit 2012 – BVergGVS 2012
- d) Tiroler Vergabenachprüfungsgesetz 2018 – TVNG 2018

Wird in einem Vergaberechtsschutzverfahren ein Antrag auf Erlassung einer einstweiligen Verfügung gestellt, ist das zugehörige Nachprüfungsverfahren, das mit dem gleichzeitig oder nachfolgend gestellten Antrag auf Nachprüfung eingeleitet wird, dem Senat zuzuweisen, dem der für das Verfahren auf Erlassung einer einstweiligen Verfügung zuständigen Einzelrichter als Berichtersteller angehört. Wird ein Antrag auf Erlassung einer einstweiligen Verfügung erst nach Einbringung eines Antrags auf Nachprüfung gestellt, so ist das Verfahren zur Erlassung einer einstweiligen Verfügung jenem Landesverwaltungsrichter als Einzelrichter zuzuweisen, der als Berichtersteller für das Nachprüfungsverfahren fungiert. Eine gesonderte Bewertung erfolgt nicht.

Die Landesverwaltungsrichter der Gruppe nach § 6 vertreten sich bei Verhinderung oder Befangenheit im Fall der dringenden Erlassung, Weiterführung oder Aufhebung einer einstweiligen Verfügung sowie im Fall der Bekanntgabe der Verfahrenseinleitung samt Verständigung nach der im § 6 angeführten Reihenfolge. Sollte auch dann kein Landesverwaltungsrichter zur Verfügung stehen, ist zunächst Mag. Dr. Wolfgang Hirn heranzuziehen und kommt erst bei dessen Verhinderung die allgemeine Vertretungsregelung des § 27 zum Tragen.

§ 7

Abgaben-/Steuerrecht

1. Dr.ⁱⁿ Barbara Gstir
2. Mag.^a Theresia Kantner
3. Dr.ⁱⁿ Ines Kroker
4. Dr. Alfred Stöbich

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Finanzausgleichsgesetz 2017 – FAG 2017
- b) Grundsteuergesetz 1955 – GrStG 1955
- c) Grundsteuerbefreiungsgesetz 1987
- d) Kommunalsteuergesetz 1993 – KommStG 1993
- e) Rundfunkgebührengesetz – RGG
- f) Tierseuchenfondsgesetz
- g) Tiroler Abfallgebührengesetz
- h) Tiroler Aufenthaltsabgabengesetz 2003
- i) Tiroler Fleischuntersuchungsgebührengesetz 2007
- j) Tiroler Getränke- und Speiseeissteuergesetz 1993
- k) Tiroler Hundesteuergesetz
- l) Tiroler Jagdabgabengesetz
- m) Tiroler Kulturförderungsabgabengesetz 2006
- n) Tiroler Naturschutzgesetz 2005 – TNSchG 2005 (ausschließlich Verfahren nach § 19)
- o) Tiroler Tourismusgesetz 2006 (ausschließlich Verfahren nach dem 4. Abschnitt des I. Teiles und Verfahren nach § 2 Abs 3)
- p) Tiroler Vergnügungssteuergesetz 2017

- q) Tiroler Verkehrsaufschließungs- und Ausgleichsabgabengesetz – TVAG
- r) Tiroler Waldordnung 2005 (ausschließlich Verfahren nach § 10)

Der Landesverwaltungsrichterin Dr.ⁱⁿ Ines Kroker ist nur jeder zweite auf sie entfallende Geschäftsfall zuzuweisen.

§ 8

Naturschutzrecht

1. Dr. Peter Christ
2. Mag. Gerold Dünser
3. Dr. Hermann Riedler
4. Mag. Alexander Spielmann

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Bundesluftreinhaltegesetz – BLRG
- b) Forstgesetz 1975
- c) Immissionsschutzgesetz-Luft – IG-L
- d) Umweltinformationsgesetz – UIG
- e) Tiroler Bergwachtgesetz 2003
- f) Tiroler Feldschutzgesetz 2000
- g) Tiroler Nationalparkgesetz Hohe Tauern
- h) Tiroler Naturschutzgesetz 2005 – TNSchG 2005 (ausgenommen Verfahren nach § 19)
- i) Tiroler Umweltinformationsgesetz 2005 – TUIG 2005
- j) Tiroler Waldordnung 2005 (ausgenommen Verfahren nach § 10)

Dem Landesverwaltungsrichter Mag. Gerold Dünser ist nur jeder zweite auf ihn entfallende Geschäftsfall zuzuweisen.

§ 9

Anlagenrecht – Umwelt

1. Dr. Maximilian Aicher
2. MMag.^a Dr.ⁱⁿ Barbara Besler
3. Mag. Gerold Dünser
4. Mag. Dr. Wolfgang Hirn
5. Mag. Alexander Spielmann

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – AWG 2002
- b) Altlastensanierungsgesetz
- c) Bundes-Umwelthaftungsgesetz – B-UHG
- d) Chemikaliengesetz 1996 – ChemG 1996
- e) Emissionszertifikategesetz 2011 – EZG 2011
- f) Umweltmanagementgesetz – UMG
- g) Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000 – UVP-G 2000
- h) Wasserrechtsgesetz 1959 – WRG 1959
- i) Tiroler Abfallwirtschaftsgesetz
- j) Tiroler Umwelthaftungsgesetz – T-UHG

§ 10

Agrarrecht

1. MMag.^a Dr.ⁱⁿ Barbara Besler
2. Dr. Peter Christ
3. Mag. Dr. Wolfgang Hirn
4. Mag. Alexander Spielmann
5. Dr. Christian Visintainer

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Güter- und Seilwege-Landesgesetz – GSLG 1970

- b) Wald- und Weideservitutengesetz
- c) Tiroler Almschutzgesetz
- d) Tiroler Flurverfassungslandesgesetz 1996 – TFLG 1996
- e) Tiroler landwirtschaftliches Siedlungsgesetz 1969

Dem Landesverwaltungsrichter Mag. Alexander Spielmann ist nur jeder zweite auf ihn entfallende Geschäftsfall zuzuweisen.

Wurde ein Geschäftsfall – eine Agrargemeinschaft, ein Bringungs- oder Zusammenlegungsverfahren betreffend – erstmalig zugewiesen, so sind auch alle nachfolgenden Geschäftsfälle (wiederum diese Agrargemeinschaft, dieses Bringungs- oder Zusammenlegungsverfahren betreffend) demselben Landesverwaltungsrichter zuzuweisen.

§ 11

Bau- und Raumordnungsrecht

1. Dr. Maximilian Aicher
2. Dr.ⁱⁿ Barbara Gstir
3. Mag. Christian Hengl
4. Mag.^a Martina Lechner
5. Dr.ⁱⁿ Doris Mair
6. Dr.ⁱⁿ Gudrun Müller LL.M.
7. Ing. Mag. Herbert Peinstingl
8. Mag. Hannes Piccolroaz
9. Mag. Gerald Schaber
10. Mag.^a Julia Schmalzl
11. Dr. Franz Triendl

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Denkmalschutzgesetz – DMSG
- b) Kostenbeitragsverordnung 2017
- c) Tiroler Aufzugs- und Hebeanlagengesetz 2012 – TAHG 2012
- d) Tiroler Bauordnung 2018 – TBO 2018
- e) Tiroler Bauproduktegesetz 2016 – TBG 2016
- f) Tiroler Feuerpolizeiordnung 1998
- g) Tiroler Gas-, Heizungs- und Klimaanlagengesetz 2013 – TGHKG 2013
- h) Tiroler Kanalisationsgesetz 2000 – TiKG 2000
- i) Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 – TROG 2016
- j) Tiroler Stadt- und Ortsbildschutzgesetz 2003 – SOG 2003

Geschäftsfälle, die am gleichen Tag einlangen und dasselbe Objekt/Grundstück betreffen, werden als verbundene Rechts-sachen demselben Landesverwaltungsrichter zugewiesen.

Den Landesverwaltungsrichtern Dr. Maximilian Aicher und Mag.^a Julia Schmalzl ist jeweils nur jeder zweite auf sie entfallende Geschäftsfall zuzuweisen.

§ 12

Landwirtschaftsrecht

1. Dr. Albin Larcher
2. MMag.^a Dr.ⁱⁿ Barbara Besler
3. Dr. Hermann Riedler
4. Mag.^a Linda Wieser

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Biozidproduktegesetz – BiozidprodukteG
- b) Fleischuntersuchungsverordnung 2006 – FIUVO
- c) Futtermittelgesetz 1999 – FMG 1999
- d) Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz – LMSVG
- e) Marktordnungsgesetz 2007 – MOG 2007

- f) Pflanzenschutzgesetz 2018
- g) Pflanzenschutzmittelgesetz 2011
- h) Tierarzneimittelkontrollgesetz – TAKG
- i) Tiergesundheitsgesetz – TGG
- j) Tierkennzeichnungs- und Registrierungsverordnung 2009 – TKZVO 2009
- k) Tiermaterialienengesetz – TMG
- l) Tierschutzgesetz – TSchG
- m) Tierseuchengesetz – TSG
- n) Tiertransportgesetz 2007 – TTG 2007
- o) Vermarktungsnormengesetz – VNG
- p) Weingesetz 2009
- q) Landarbeitsordnung 2000 – LAO 2000
- r) Tiroler Bienenwirtschaftsgesetz
- s) Tiroler Fischereigesetz 2002
- t) Tiroler Gentechnik-Vorsorgegesetz
- u) Tiroler Jagdgesetz 2004 – TJG 2004
- v) Tiroler Landwirtschaftskammer- und Landarbeiterkammergesetz
- w) Tiroler Pflanzenschutzgesetz 2001
- x) Tiroler Pflanzenschutzmittelgesetz 2012
- y) Tiroler Tierzuchtgesetz 2019 – TTZG 2019

Dem Vizepräsidenten Dr. Albin Larcher ist nur jeder zweite auf ihn entfallende Geschäftsfall zuzuweisen.

§ 13

Grundverkehrsrecht

- 1. Dr. Christoph Purtscher
- 2. Mag.^a Martina Lechner
- 3. Dr. Christian Visintainer

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Tiroler Grundverkehrsgesetz 1996
- b) Tiroler Höfegesetz – THG

Der Landesverwaltungsrichterin Mag.^a Martina Lechner ist nur jeder zweite auf sie entfallende Geschäftsfall zuzuweisen.

§ 14

Sicherheitsrecht

- 1. Mag.^a Theresia Kantner
- 2. Dr.ⁱⁿ Kathrin Keplinger
- 3. Mag. Dr. Rudolf Rieser
- 4. Mag. Gerald Schaber
- 5. Dr. Volker-Georg Wurdinger

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Bankwesengesetz – BWG
- b) Börsegesetz 2018 – BörseG 2018
- c) Datenschutzgesetz – DSG
- d) Eingetragene Partnerschaft-Gesetz – EPG
- e) Glücksspielgesetz – GSpG
- f) Meldegesetz 1991 – MeldeG
- g) Namensänderungsgesetz – NÄG
- h) Personenstandsgesetz 2013 – PStG 2013
- i) Preisauszeichnungsgesetz – PrAG
- j) Preistransparenzgesetz
- k) Tiroler Datenschutzgesetz 2018 – TDSG 2018
- l) Tiroler Jugendgesetz
- m) Tiroler Katastrophenmanagementgesetz
- n) Tiroler Wettunternehmergesetz

Den Landesverwaltungsrichterinnen Mag.^a Theresia Kantner und Dr.ⁱⁿ Kathrin Keplinger ist jeweils nur jeder zweite auf sie entfallende Geschäftsfall zuzuweisen.

§ 15

Sicherheitspolizeirecht

- 1. Dr. Maximilian Aicher
- 2. Mag. Dr. Rudolf Rieser
- 3. Dr.ⁱⁿ Nicole Stemmer
- 4. Dr.ⁱⁿ Monica Voppichler-Thöni
- 5. Dr. Volker-Georg Wurdinger

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) AIDS-Gesetz 1993
- b) Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz – AGesVG
- c) Geschlechtskrankheitengesetz
- d) Grenzkontrollgesetz – GrekoG
- e) Pyrotechnikgesetz 2010 – PyroTG 2010
- f) Sicherheitspolizeigesetz – SPG
- g) Sprengmittelgesetz 2010 – SprG
- h) Strafrechtsgesetz 1968
- i) Vereinsgesetz 2002 – VerG
- j) Waffengesetz 1996 – WaffG
- k) Landes-Polizeigesetz
- l) Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 – TVG

Dem Landesverwaltungsrichter Dr. Maximilian Aicher ist nur jeder zweite auf ihn entfallende Geschäftsfall zuzuweisen.

§ 16

Beschwerderecht – Maßnahmen – Aufsicht

- 1. Dr. Albin Larcher
- 2. Dr. Ines Kroker

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Alle Beschwerden gemäß §§ 88 und 89 Sicherheitspolizeigesetz - SPG
- b) Alle Beschwerden gemäß dem 9. Hauptstück des Fremdenpolizeigesetzes 2005 – FPG
- c) Alle Beschwerden wegen Ausübung unmittelbarer verwaltungsbehördlicher Befehls- und Zwangsgewalt
- d) Innsbrucker Wahlordnung 2011 – IWO 2011
- e) Tiroler Gemeindeordnung 2001 – TGO
- f) Tiroler Gemeindevahlordnung 1994 – TGWO 1994
- g) Tiroler Landtagswahlordnung 2017 – TLWO 2017
- h) Tiroler Tourismusgesetz 2006 (ausgenommen Verfahren nach dem 4. Abschnitt des I. Teiles und Verfahren nach § 2 Abs 3 sowie ausgenommen Verfahren nach dem II. Teil)
- i) Versammlungsgesetz 1953

Beschwerden nach lit. a und c, die sich auf eine Amtshandlung beziehen und mehrere Beschwerdeführer betreffen, werden ebenso wie Beschwerden, die vom selben Beschwerdeführer aufgrund mehrerer gegen ihn geführter Amtshandlungen eingebracht wurden, als verbundene Rechtssachen demselben Landesverwaltungsrichter zugewiesen, sofern das zuständigkeitsbegründende Verfahren nicht bereits abgeschlossen ist.

§ 17

Fremdenrecht

- 1. Dr.ⁱⁿ Kathrin Keplinger
- 2. Dr.ⁱⁿ Felizitas Luchner
- 3. Mag. Dr. Rudolf Rieser

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Fremdenpolizeigesetz 2005 – FPG (soweit nicht § 16 zur Anwendung gelangt)

- b) Integrationsgesetz – IntG
- c) Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz – NAG
- d) Passgesetz 1992
- e) Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 – StbG

Geschäftsfälle, die am gleichen Tag einlangen und Angehörige derselben Familie (Ehegatten, Eltern und Kinder) betreffen, werden als verbundene Rechtssachen demselben Landesverwaltungsrichter zugewiesen.

§ 18

Gesundheitsrecht

1. Dr.ⁱⁿ Monica Voppichler-Thöni
2. Mag.^a Linda Wieser
3. Dr. Volker-Georg Wurdinger

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Apothekengesetz
- b) Arzneimittelgesetz – AMG
- c) Arzneiwareneinfuhrsgesetz 2010 – AWEG 2010
- d) Ärztegesetz 1998 – ÄrzteG 1998
(ausgenommen Disziplinarsachen)
- e) Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz – GESG
- f) Gesundheits- und Krankenpflegegesetz – GuKG
- g) Hebammengesetz – HebG
- h) Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz – KA-AZG
- i) Krankenanstalten- und Kuranstalten-Gesetz – KAKuG
- j) Medizinische Assistenzberufe-Gesetz – MABG
- k) Medizinischer Masseur- und Heilmasseurgesetz – MMHmG
- l) MTD-Gesetz
- m) Psychotherapiegesetz
- n) Rezeptpflichtgesetz
- o) Sanitättergesetz – SanG
- p) Tuberkulosegesetz
- q) Zahnärztegesetz – ZÄG
- r) Zahnärztekammergesetz – ZÄKG (ausgenommen Disziplinarsachen)
- s) Gemeindesaniättsdienstgesetz
- t) Tiroler Heilvorkommen- und Kurortgesetz 2004
- u) Tiroler Krankenanstalten-Gesetz – TirKAG
- v) Tiroler Sozialbetreuungsberufegesetz – TSBBG

Der Landesverwaltungsrichterin Dr.ⁱⁿ Monica Voppichler-Thöni ist nur jeder zweite auf sie entfallende Geschäftsfall zuzuweisen.

§ 18a

Epidemiegesetz 1950 – COVID-19-Gesetze des Bundes

1. Dr. Albin Larcher
2. Dr. Maximilian Aicher
3. MMag.^a Dr.in Barbara Besler
4. Dr. Peter Christ
5. Mag. Gerold Dünser
6. Dr.ⁱⁿ Barbara Gstir
7. Mag. Christian Hengl
8. Mag. Dr. Wolfgang Hirn
9. Dr. Alexander Hohenhorst
10. Mag.^a Theresia Kantner
11. Dr.ⁱⁿ Kathrin Keplinger
12. Dr.ⁱⁿ Ines Kroker
13. Mag.^a Martina Lechner
14. Dr.ⁱⁿ Felizitas Luchner
15. Dr.ⁱⁿ Doris Mair
16. Dr.ⁱⁿ Gudrun Müller LL.M.
17. Ing. Mag. Herbert Peinstingl

18. Mag. Hannes Piccolroaz
19. Dr. Hermann Riedler
20. Mag. Dr. Rudolf Rieser
21. Dr. Sigmund Rosenkranz
22. Mag. Gerald Schaber
23. Mag.^a Julia Schmalzl
24. Mag. Alexander Spielmann
25. Dr.ⁱⁿ Nicole Stemmer
26. Dr. Alfred Stöbich
27. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Strele
28. Dr. Franz Triendl
29. Dr. Christian Visintiner
30. Dr.ⁱⁿ Monica Voppichler-Thöni
31. Mag.^a Bettina Weissgatterer
32. Mag.^a Linda Wieser
33. Dr. Volker-Georg Wurdinger

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden verwaltungsstrafrechtlichen Geschäftsfälle aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) COVID-19-Gesetze des Bundes inklusive Verordnungen
 - b) Epidemiegesetz 1950 inklusive Verordnungen
- Den Landesverwaltungsrichterinnen Mag.^a Theresia Kantner, Dr.ⁱⁿ Ines Kroker, Mag.^a Julia Schmalzl und Dr.ⁱⁿ Nicole Stemmer ist jeweils nur jeder zweite auf sie entfallende verwaltungsstrafrechtliche Geschäftsfall zuzuweisen.

1. Dr. Albin Larcher
 2. Dr. Maximilian Aicher
 3. MMag.^a Dr.in Barbara Besler
 4. Dr. Peter Christ
 5. Mag. Gerold Dünser
 6. Dr.ⁱⁿ Barbara Gstir
 7. Mag. Christian Hengl
 8. Mag. Dr. Wolfgang Hirn
 9. Dr. Alexander Hohenhorst
 10. Mag.^a Theresia Kantner
 11. Dr.ⁱⁿ Kathrin Keplinger
 12. Dr.ⁱⁿ Ines Kroker
 13. Mag.^a Martina Lechner
 14. Dr.ⁱⁿ Felizitas Luchner
 15. Dr.ⁱⁿ Doris Mair
 16. Dr.ⁱⁿ Gudrun Müller LL.M.
 17. Ing. Mag. Herbert Peinstingl
 18. Mag. Hannes Piccolroaz
 19. Dr. Hermann Riedler
 20. Mag. Dr. Rudolf Rieser
 21. Dr. Sigmund Rosenkranz
 22. Mag. Gerald Schaber
 23. Mag.^a Julia Schmalzl
 24. Mag. Alexander Spielmann
 25. Dr.ⁱⁿ Nicole Stemmer
 26. Dr. Alfred Stöbich
 27. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Strele
 28. Dr. Franz Triendl
 29. Dr. Christian Visintiner
 30. Dr.ⁱⁿ Monica Voppichler-Thöni
 31. Mag.^a Bettina Weissgatterer
 32. Mag.^a Linda Wieser
 33. Dr. Volker-Georg Wurdinger
- sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden administrativrechtlichen Geschäftsfälle aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:
- a) COVID-19-Gesetze des Bundes inklusive Verordnungen
 - b) Epidemiegesetz 1950 inklusive Verordnungen

Den Landesverwaltungsrichterinnen Mag.^a Theresia Kantner, Dr.ⁱⁿ Ines Kroker, Mag.^a Julia Schmalzl und Dr.ⁱⁿ Nicole Stemmer ist jeweils nur jeder zweite auf sie entfallende administrativrechtliche Geschäftsfall zuzuweisen.

§ 19

Sozialrecht

1. Mag. Gerold Dünser
2. Mag. Christian Hengl
3. Dr.ⁱⁿ Felizitas Luchner
4. Dr. Hermann Riedler
5. Dr.ⁱⁿ Nicole Stemmer
6. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Strele

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Bundespflegegeldgesetz – BPGG
- b) Tiroler Grundversorgungsgesetz
- c) Tiroler Heimgesetz 2005
- d) Tiroler Kinder- und Jugendhilfegesetz - TKJHG
- e) Tiroler Mindestsicherungsgesetz – TMSG
- f) Tiroler Patientenentschädigungsfonds-Gesetz
- g) Tiroler Teilhabegesetz – TTHG

§ 20

Schul-/Bildungsrecht

1. Ing. Mag. Herbert Peinstingl
2. Dr. Sigmund Rosenkranz

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Bundes-Personalvertretungsgesetz - PVG
- b) Hochschulinnen- und Hochschülerschaftsgesetz 2014 – HSG 2014
- c) Schulpflichtgesetz 1985
- d) Schülerbeihilfengesetz 1983
- e) Universitätsgesetz 2002 – UG
- f) Tiroler Berufsschulorganisationsgesetz 1994
- g) Tiroler Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz
- h) Tiroler Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz 2000
- i) Tiroler Landwirtschaftliches Schulgesetz 2012
- j) Tiroler Musikschulgesetz
- k) Tiroler Schulorganisationsgesetz 1991

§ 21

Dienst-/Disziplinarrecht

1. Mag. Dr. Wolfgang Hirn
2. Dr. Sigmund Rosenkranz

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Apothekerkammergesetz 2001
- b) Ärztegesetz 1998 – ÄrzteG 1998
(ausschließlich Disziplinarsachen)
- c) Bundes-Gleichbehandlungsgesetz – B-GIBG
- d) Patentanwaltsgesetz
- e) Pensionsgesetz 1965
- f) Tierärztekammergesetz – TÄKamG
(ausschließlich Disziplinarsachen)
- g) Zahnärztekammergesetz – ZÄKG
(ausschließlich Disziplinarsachen)
- h) Ziviltechnikergesetz 2019 – ZTG 2019
(ausschließlich Disziplinarsachen)
- i) Beamten- und Lehrer-Kranken- und Unfallfürsorgegesetz 1998 – BLKUGF 1998

- j) Gemeindebeamtenengesetz 1970
- k) Gemeindebeamten-Kranken- und Unfallfürsorgegesetz 1998 – GKUGF 1998
- l) Gemeinde-Gleichbehandlungsgesetz 2005 – G-GIBG 2005
- m) Geschäftsordnung des Magistrates der Landeshauptstadt Innsbruck (MGO)
- n) Innsbrucker Gemeindebeamtenengesetz 1970
- o) Landesbeamtenengesetz 1998
- p) Landesbedienstetengesetz – LBedG
- q) Landes-Gleichbehandlungsgesetz 2005 – L-GIBG 2005
- r) Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz – LDG 1984
- s) Musiklehrpersonen-Dienstrechtsgesetz - MDG
- t) Tiroler Gemeinde-Bezügegesetz 1998
- u) Tiroler Lehrer-Diensthoheitsgesetz 2014 – TLDHG 2014

§ 22

Anlagenrecht – Verkehr

1. Dr. Alexander Hohenhorst
2. Dr. Christian Visinteiner

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) Bundesstraßengesetz 1971 – BStG 1971
- b) Eisenbahngesetz 1957 – EisbG
- c) Kraftfahrlineingesetz – KflG
- d) Straßentunnel-Sicherheitsgesetz – STSG
- e) Seilbahngesetz 2003 – SeilbG 2003
- f) Tiroler Starkstromwegengesetz 1969
- g) Tiroler Straßengesetz
- h) Tiroler Tourismusgesetz 2006 (ausschließlich Verfahren nach dem II. Teil)

§ 23

Verkehrsrecht – Spezial

1. Dr. Albin Larcher
2. Mag. Christian Hengl
3. Mag. Hannes Piccolroaz
4. Dr. Alfred Stöbich
5. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Strele
6. Dr. Franz Triendl
7. Dr. Christian Visinteiner

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

Administrativrechtlich:

- a) Führerscheinggesetz - FSG
- b) Kraftfahrgesetz 1967 - KFG 1967
- c) Luftfahrtgesetz - LFG
- d) Luftfahrtsicherheitsgesetz 2011 - LSG 2011
- e) Schifffahrtsgesetz - SchFG

Verwaltungsstrafrechtlich:

f) Alkodelikte inklusive Suchtmitteldelikte der StVO und des FSG. Beschwerden gegen Straferkenntnisse wegen Übertretungen nach § 5 in Verbindung mit § 99 Abs. 1, 1a und 1b StVO sowie nach § 14 Abs. 8 FSG.

g) Geschwindigkeitsdelikte im Sinn des § 7 Abs. 3 Z 4 FSG. Beschwerden gegen Straferkenntnisse der Bezirksverwaltungsbehörden oder der Landespolizeidirektion, mit denen vorgeworfen wird, die jeweils höchste zulässige Höchstgeschwindigkeit im Ortsgebiet um mehr als 40 km/h oder außerhalb des Ortsgebietes um mehr als 50 km/h überschritten zu haben und die Überschreitung mit einem technischen Hilfsmittel festgestellt wurde.

h) Beschwerden gegen Straferkenntnisse wegen Übertretungen des Luftfahrtgesetzes.

i) Beschwerden gegen Straferkenntnisse wegen Übertretungen des Schifffahrtsgesetzes.

Geschäftsfälle nach den lit. a, f und g sind, sofern sie den gleichen Beschwerdeführer betreffen und sich auf denselben Sachverhalt beziehen, demselben Landesverwaltungsrichter zuzuweisen.

Dem Landesverwaltungsrichter Mag. Hannes Piccolroaz ist nur jeder zweite auf ihn entfallende Geschäftsfall zuzuweisen.

§ 24

Gefahrgutrecht – Straße

1. Dr.ⁱⁿ Felizitas Luchner
2. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Strele

sind in dieser Reihenfolge alle einlangenden Geschäftsfälle (administrativrechtlich und verwaltungsstrafrechtlich) aus den nachstehenden Rechtsmaterien zuzuweisen:

- a) ADR – Beförderung bestimmter Abfälle, die gefährliche Güter enthalten
- b) Containersicherheitsgesetz – CSG
- c) Gefahrgutbeförderungsgesetz – GGBG

§ 25

Allgemeine Rechtssachen

Geschäftsfälle, die nicht nach einer der vorstehenden Bestimmungen zuzuweisen sind, insbesondere auch Geschäftsfälle im Sinn des § 34 und § 35 AVG, § 54a und § 54b VStG, werden der Reihe nach abwechselnd folgenden Landesverwaltungsrichtern zugewiesen, wobei allerdings § 1 Abs. 3 zu berücksichtigen ist:

1. Dr. Albin LARCHER
2. Dr. Maximilian Aicher
3. MMag.^a Dr.ⁱⁿ Barbara Besler
4. Dr. Peter Christ
5. Mag. Gerold Dünser
6. Dr.ⁱⁿ Barbara Gstir
7. Mag. Christian Hengl
8. Mag. Dr. Wolfgang Hirn
9. Dr. Alexander Hohenhorst
10. Mag.^a Theresia Kantner
11. Dr.ⁱⁿ Kathrin Keplinger
12. Dr.ⁱⁿ Ines Kroker
13. Mag.^a Martina Lechner
14. Dr.ⁱⁿ Felizitas Luchner
15. Dr.ⁱⁿ Doris Mair
16. Dr.ⁱⁿ Gudrun Müller LL.M.
17. Ing. Mag. Herbert Peinstingl
18. Mag. Hannes Piccolroaz
19. Dr. Hermann Riedler
20. Mag. Dr. Rudolf Rieser
21. Dr. Sigmund Rosenkranz
22. Mag. Gerald Schaber
23. Mag.^a Julia Schmalzl
24. Mag. Alexander Spielmann
25. Dr.ⁱⁿ Nicole Stemmer
26. Dr. Alfred Stöbich
27. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Strele
28. Dr. Franz Triendl
29. Dr. Christian Visintainer
30. Dr.ⁱⁿ Monica Voppichler-Thöni
31. Mag.^a Bettina Weißgatterer
32. Mag.^a Linda Wieser
33. Dr. Volker-Georg Wurdinger

§ 26

Senate

(1) In jenen Fällen, in denen nach den gesetzlichen Vorschriften ein Senat zur Entscheidung berufen ist, entscheidet das Landesverwaltungsgericht bei nachstehenden Geschäftsfällen in folgenden Senaten:

a) Gruppe Vergaberecht nach § 6:

Senat 1:

Vorsitz: Mag.^a Bettina Weißgatterer
Berichterstatter: Dr. Volker-Georg Wurdinger
weiteres Mitglied: Dr. Sigmund Rosenkranz

Senat 2:

Vorsitz: Dr. Volker-Georg Wurdinger
Berichterstatter: Dr. Sigmund Rosenkranz
weiteres Mitglied: Mag.^a Bettina Weißgatterer

Senat 3:

Vorsitz: Dr. Sigmund Rosenkranz
Berichterstatter: Mag.^a Bettina Weißgatterer
weiteres Mitglied: Dr. Volker-Georg Wurdinger

b) Gruppe Dienst-/Disziplinarrecht nach § 21:

Z. 1: Geschäftsfälle nach dem Beamten- und Lehrer-Kranken- und Unfallfürsorgegesetz 1998:

Senat 4 (Senat für Landesbeamte):

Vorsitz: Dr. Sigmund Rosenkranz
Ersatz: Mag. Dr. Wolfgang Hirn
Laienrichter: Dr.ⁱⁿ Olga Reisner
Ersatz: Dr. Georg Gschnitzer
Laienrichter: Mag. Michael Czastka
Ersatz: Ing. Engelbert Schöpf

Senat 5 (Senat für Landeslehrer an allgemein bildenden Pflichtschulen):

Vorsitz: Dr. Sigmund Rosenkranz
Ersatz: Mag. Dr. Wolfgang Hirn
Laienrichter: Dr. Reinhard Biechl
Ersatz: MMag.^a Evelyn Holzinger
Laienrichter: Heinrich Trenkwald
Ersatz: Manuela Fracaro

Senat 6 (Senat für Landeslehrer an Berufsschulen):

Vorsitz: Dr. Sigmund Rosenkranz
Ersatz: Mag. Dr. Wolfgang Hirn
Laienrichter: Dr. Reinhard Biechl
Ersatz: MMag.^a Evelyn Holzinger
Laienrichter: Dipl.-Päd. Klaus Schuchter
Ersatz: Thomas Eller

Senat 7 (Senat für Landeslehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufsschulen):

Vorsitz: Dr. Sigmund Rosenkranz
Ersatz: Mag. Dr. Wolfgang Hirn
Laienrichter: Dr. Reinhard Biechl
Ersatz: MMag.^a Evelyn Holzinger
Laienrichter: Dipl.- Ing. Franz Steinwender
Ersatz: Walpurga Schnegg

Z. 2: Geschäftsfälle nach dem Gemeindebeamten-Kranken- und Unfallfürsorgegesetz 1998:

Senat 8:

Vorsitz: Dr. Sigmund Rosenkranz
Ersatz: Mag. Dr. Wolfgang Hirn
Laienrichter: Mag. Ing. Peter Draxl
Ersatz: Dr. Wolfgang Astl
Laienrichter: Kurt Kirchmair
Ersatz: Günther Mair

Z. 3: Geschäftsfälle nach dem Gemeindebeamtengesetz 1970:

Senat 9 (Senat für Dienstbeurteilungsverfahren):

Vorsitz: Mag. Dr. Wolfgang Hirn

Ersatz: Dr. Sigmund Rosenkranz

Laienrichter: Mag.^a Elisabeth Reich

Ersatz: Dr. Ernst Hofer

Laienrichter: Hartwig Bamberger

Ersatz: Günther Mair

Senat 10 (Senat für Disziplinarverfahren):

Vorsitz: Mag. Dr. Wolfgang Hirn

Ersatz: Dr. Sigmund Rosenkranz

Laienrichter: Mag. Walter Margreiter

Ersatz: Mag. Martin Schönherr

Laienrichter: Hartwig Bamberger

Ersatz: Günther Mair

Z. 4: Geschäftsfälle nach dem Innsbrucker Gemeindebeamten-gesetz 1970:

Senat 11 (Senat für Dienstbeurteilungsverfahren):

Vorsitz: Mag. Dr. Wolfgang Hirn

Ersatz: Dr. Sigmund Rosenkranz

Laienrichter: Mag. Ferdinand Neu

Ersatz: Dr. Herbert Köfler

Laienrichter: Mag.^a Sabine Steffan

Ersatz: Dr. Michael Wurnitsch

Senat 12 (Senat für Disziplinarverfahren):

Vorsitz: Mag. Dr. Wolfgang Hirn

Ersatz: Dr. Sigmund Rosenkranz

Laienrichter: Mag.^a Nina Schedlberger

Ersatz: Mag.^a Doris Stefanon

Laienrichter: Mag.^a Sabine Steffan

Ersatz: Dr. Michael Wurnitsch

Z. 5: Geschäftsfälle nach dem Landesbeamten-gesetz 1998 (Leistungsfeststellungs- und Disziplinarverfahren):

Senat 13:

Vorsitz: Dr. Sigmund Rosenkranz

Ersatz: Dr. Albin Larcher

Laienrichter: Dr. Georg Gschnitzer

Ersatz: Dr.ⁱⁿ Monika Schweighofer

Laienrichter: Mag. Walter Tschon

Ersatz: Dipl.-Ing. Kurt Ziegner

Z. 6: Geschäftsfälle nach dem Tiroler Lehrer-Dienst-hoheitsgesetz 2014 (Leistungsfeststellungs- und Disziplinar-verfahren):

Senat 14 (Senat für Landeslehrer an allgemein bildenden Pflichtschulen):

Vorsitz: Dr. Sigmund Rosenkranz

Ersatz: Mag. Dr. Wolfgang Hirn

Laienrichter: Mag. Dr. Armin Andergassen

Ersatz: Dr. Reinhold Raffler

Laienrichter: Dipl.-Päd. Gerhard Schatz

Ersatz: Dipl.-Päd. Gerhard Schaub

Senat 15 (Senat für Landeslehrer an Berufsschulen):

Vorsitz: Dr. Sigmund Rosenkranz

Ersatz: Mag. Dr. Wolfgang Hirn

Laienrichter: Mag. Julia Wendt

Ersatz: Roland Bader

Laienrichter: Mag.^a Anja Munding

Ersatz: Gernot Netzer

Senat 16 (Senat für Landeslehrer an land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen):

Vorsitz: Dr. Sigmund Rosenkranz

Ersatz: Mag. Dr. Wolfgang Hirn

Laienrichter: Mag.^a Dr.ⁱⁿ Christina Wallas-Köck

Ersatz: Peter Koppelstätter

Laienrichter: Dipl.-Päd. Ing. Stefan Frischmann

Ersatz: Dipl.-Päd. Robert Neuner

c) In allen sonstigen Fällen:

Senat 17:

Vorsitz: Dr. Albin Larcher

Berichterstatter: Mag. Gerold Dünser

weiteres Mitglied: Dr.ⁱⁿ Doris Mair

(2) Kommen nach diesen Regelungen mehrere Senate zur Entscheidung in Betracht, so sind sie, sofern keine anders lautende speziellere Regelung besteht, abwechselnd, beginnend mit dem erstgenannten Senat, zuständig.

ABSCHNITT III

§ 27

**Vertretung
in Einzelsachen**

(1) Soweit das Landesverwaltungsgericht durch einen Einzelrichter zu entscheiden hat und keine anders lautende speziellere Vertretungsregelung besteht, wird ein Einzelrichter im Fall der Verhinderung oder Befangenheit jeweils von dem in den einzelnen Gruppen nach den §§ 4 bis 25 nächstangeführten, der letztgenannte wiederum vom erstangeführten Einzelrichter vertreten. Sollte auf diese Weise kein Vertreter zur Verfügung stehen, tritt an Stelle des verhinderten oder befangenen Einzelrichters der übernächstangeführte Einzelrichter usw. Sollte sodann in den Gruppen nach den §§ 4 bis 24 immer noch kein Vertreter zur Verfügung stehen, wird der betreffende Einzelrichter jeweils von dem in der Gruppe nach § 25 nächstangeführten, allenfalls übernächstangeführten Einzelrichter usw. vertreten. Sollte auch dann noch kein Vertreter zur Verfügung stehen, wird der betreffende Einzelrichter vom Vizepräsidenten, allenfalls vom Präsidenten vertreten.

(2) Dauert eine krankheitsbedingte Verhinderung mehr als 30 Tage, erfolgt die Zuweisung der Geschäftsfälle nach den vorstehenden Zuweisungsregeln ab diesem Zeitpunkt mit der Einschränkung, dass dem betroffenen Landesverwaltungsrichter bis zur Beendigung der krankheitsbedingten Verhinderung keine weiteren Geschäftsfälle mehr zugewiesen werden. Sofern der betroffene Landesverwaltungsrichter nach Beendigung der krankheitsbedingten Verhinderung die niedrigste Gesamtbewertungszahl aller in der Gruppe nach § 25 aufgezählten Landesverwaltungsrichter aufweist, ist für diesen Landesverwaltungsrichter bei der weiteren Zuweisung von Geschäftsfällen nach den vorstehenden Zuweisungsregeln eine Gesamtbewertungszahl (§ 3) anzusetzen, die um einen Punkt unter der Gesamtbewertungszahl jenes oder jener in der Gruppe nach § 25 aufgezählten Landesverwaltungsrichter mit der zu diesem Zeitpunkt zweitniedrigsten Gesamtbewertungszahl liegt.

(3) In einem Vertretungsfall aufgrund einer Befangenheitsanzeige erfolgt eine nachträgliche Bewertung im Sinn des § 3 Abs. 1 am Ende jenes Monats, in dem die Befangenheitsanzeige erfolgt ist. Die Bewertung hat nach der letzten täglichen Zuweisung zu erfolgen.

§ 28

**Vertretung
in Senatssachen**

(1) Soweit das Landesverwaltungsgericht durch die Senate 4 bis 16 zu entscheiden hat, sind im Fall der Verhinderung oder Befangenheit des Vorsitzenden und der Laienrichter die bei den Senaten jeweils angeführten Ersatzmitglieder heranzuziehen.

(2) Soweit das Landesverwaltungsgericht durch die Senate 1 bis 3 sowie den Senat 17 zu entscheiden hat und keine anders lautende speziellere Vertretungsregelung besteht, sind im Fall der Verhinderung oder Befangenheit des Vorsitzenden die in lit. a jeweils genannten Landesverwaltungsrichter als Ersatzvorsitzende heranzuziehen; sollte jedoch auch dann kein Vorsitzender zur Verfügung stehen, sind die in lit. b jeweils genannten Landesverwaltungsrichter in der Reihenfolge ihrer Reihung als Ersatzvorsitzende heranzuziehen. Im Fall der Verhinderung oder Befangenheit eines weiteren Mitgliedes im Sinn des § 12 Abs. 2 TLVwGG sind die in lit. b jeweils genannten Landesverwaltungsrichter in der Reihenfolge ihrer Reihung als Ersatzmitglieder heranzuziehen; sollte auch dann kein Landesverwaltungsrichter zur Verfügung stehen, sind die im § 25 angeführten Landesverwaltungsrichter in der Reihenfolge ihrer Reihung, beginnend mit dem erstangeführten Landesverwaltungsrichter, als Ersatzmitglieder heranzuziehen.

Senat 1, 2 und 3:

Ersatzmitglieder

a) für den Vorsitzenden

b) für die weiteren Mitglieder

a) Mag. Dr. Wolfgang Hirn

b) Dr. Christoph Purtscher

Dr. Albin Larcher

Senat 17:

Ersatzmitglieder

a) für den Vorsitzenden

b) für die weiteren Mitglieder

a) Dr.ⁱⁿ Ines Kroker

b) Mag. Christian Hengl

MMag.^a Dr.ⁱⁿ Barbara Besler

(3) In einem Vertretungsfall aufgrund einer Befangenheitsanzeige erfolgt eine nachträgliche Bewertung im Sinn des § 3 Abs. 1 am Ende jenes Monats, in dem die Befangenheitsanzeige erfolgt ist. Die Bewertung hat nach der letzten täglichen Zuweisung zu erfolgen.

§ 29

Geschlechtsspezifische Bezeichnung

Soweit in dieser Geschäftsverteilung für die Bezeichnung von Funktionen die männliche Form verwendet wird, ist für den Fall, dass eine Frau eine solche Funktion innehat, für die Bezeichnung der Funktion die entsprechende weibliche Form zu verwenden.

§ 30

Inkrafttreten

und Übergangsbestimmungen

(1) Diese geänderte Geschäftsverteilung tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft. Für alle zu diesem Zeitpunkt zugewiesenen Geschäftsfälle gilt, soweit nichts anderes bestimmt ist, jene Geschäftsverteilung, die zum Zeitpunkt der Zuweisung dieser Geschäftsfälle in Geltung stand.

(2) Jene Verfahren, die mit Ablauf des 31. Dezember 2013 zur Zuständigkeit eines einzelnen Mitglieds des Unabhängigen Verwaltungssenates gehört haben, danach zur Zuständigkeit eines Einzelrichters des Landesverwaltungsgerichts gehören, werden vom betreffenden Organwalter als Einzelrichter weitergeführt. Dies gilt auch für bereits abgeschlossene Verfahren, in denen neuerliche Erledigungen zu erfolgen haben. Eine neuerliche Zuweisung und Bewertung erfolgt nicht.

(3) Jene Verfahren, die mit Ablauf des 31. Dezember 2013 zur Zuständigkeit einer Kammer des Unabhängigen Verwaltungssenates gehört haben, danach zur Zuständigkeit eines

Senates des Landesverwaltungsgerichts gehören, werden vom betreffenden Senat weitergeführt, wenn alle Mitglieder des Senates der Kammer des Unabhängigen Verwaltungssenates angehört haben. Dies gilt auch für bereits abgeschlossene Verfahren, in denen neuerliche Erledigungen zu erfolgen haben. Eine neuerliche Zuweisung und Bewertung erfolgt nicht.

(4) Jene Verfahren, die mit Ablauf des 31. Dezember 2013 zur Zuständigkeit einer Kammer des Unabhängigen Verwaltungssenates gehört haben, danach zur Zuständigkeit eines Einzelrichters des Landesverwaltungsgerichts gehören, werden von jenem Organwalter als Einzelrichter weitergeführt, der einerseits der Kammer des Unabhängigen Verwaltungssenates angehört hat und dem andererseits die Bewertung zugekommen ist. Dies gilt auch für bereits abgeschlossene Verfahren, in denen neuerliche Erledigungen zu erfolgen haben. Eine neuerliche Zuweisung und Bewertung erfolgt nicht.

(5) Sind in einem abgeschlossenen Verfahren eines/r Landesverwaltungsrichters/in, der/die sich in Karenz (ausgenommen Frühkarenzurlaub für Väter) oder im Mutterschutz befindet, neuerlich Entscheidungen zu treffen, so ist dieser Geschäftsfall nach den Zuweisungsregeln des § 1 neu zuzuweisen.

(6) Geschäftsfälle, die einer Landesverwaltungsrichterin als Einzelrichterin zugewiesen und von ihr bis zum ersten Tag der Dienstfreistellung nach dem Mutterschutzgesetz nicht entschieden wurden, werden am darauf folgenden Tag im Rahmen einer Sonderzuweisung nach den Zuweisungsregeln des § 1 neu zugewiesen. Diese Sonderzuweisung hat vor der täglichen Zuweisung zu erfolgen.

(7) Für den Landesverwaltungsrichter Mag. Hannes Piccolroaz ist vor der ersten Zuweisung von Geschäftsfällen nach §§ 1 bis 3 eine Gesamtbewertungszahl (§3) von minus 21 Punkten anzusetzen.

(8) In der Gruppe nach § 18a erfolgt die Zuweisung jeweils der ersten zehn administrativ- und verwaltungsstrafrechtlichen Geschäftsfälle abwechselnd an die Landesverwaltungsrichter Dr. Albin Larcher, MMag.^a Dr.ⁱⁿ Barbara Besler, Mag. Gerold Dünser, Dr. Wolfgang Hirn und Dr. Franz Triendl. Die Zuweisung der weiteren Geschäftsfälle erfolgt entsprechend der Reihenfolge in dieser Gruppe, wobei die Zuweisung der jeweils ersten zehn Geschäftsfälle im Sinne der Zuweisungsregeln des § 1 Abs. 3 entsprechend zu berücksichtigen ist.

Innsbruck, 23. April 2020

*Der Präsident des Landesverwaltungsgerichts Tirol:
Dr. Christoph Purtscher*

Nr. 252 • TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG

OFFENES VERFAHREN

nicht dem BVergG unterworfen

Beschaffung Sonderanhangemittel

Art des Auftrags: Lieferauftrag.

Auftraggeber: TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG.

Auftragsbezeichnung: KW Prutz (Kauental) Beschaffung Sonderanhangemittel.

Beschreibung: Im Kraftwerk Kauental in Prutz werden zahlreiche Sonderanhangemittel für diverse Montagearbeiten verwendet. Diese Anhangemittel - 43 Stück - sind neu zu Fertigung und mit entsprechenden Abnahmeprüfungen incl. Dokumentation fachgerecht zu berechnen, fertigen, herzustellen und zu liefern.

Erfüllungsort: A-6522 Prutz.

Erfüllungszeitraum: Herbst 2020 und 2021.

Abgabedatum: 3. Juni 2020, 10 Uhr.

CPV-Codes: 42416300-8.

Projektnummer: 2020-10087.

Auskünfte und Unterlagen: <https://tiwag.vemap.com/home/bekannt/anzeigen.html?annID=262>

Innsbruck, 25. April 2020

Nr. 253 • Gemeinde Kaunertal • GZ 2014

DIREKTVERGABE

mit vorheriger Bekanntmachung
gemäß § 47 BVergG

Baumeisterarbeiten inkl. Materiallieferung

Straßenbau, Abwasserbeseitigungs- Wasserversorgungsanlage und Infrastrukturleitungen Vergötschen

Auftraggeber: Gemeinde Kaunertal, Feichten 141, 6524 Feichten im Kaunertal.

Erfüllungsort: Kaunertal.

Leistungsumfang:

- ca. 60 lfm Kanal DN 150 mm
- ca. 145 lfm Kanal DN 250 mm
- ca. 60 lfm Kanal DN 250 mm
- ca. 50 lfm Kanal DN 400 mm
- ca. 17 St. Kontrollschächte DN 1000
- ca. 105 lfm Wasserleitung DN 100 mm
- ca. 85 lfm Wasserleitung DN 125 mm
- ca. 75 lfm Hausanschlussleitungen DN 32 – 50 mm
- ca. 150 lfm LWL-Leerschlauch DN 50 mm
- ca. 250 lfm LWL-Verbund 1x7x10 mm
- ca. 470 lfm Kabel DN 40 mm
- ca. 30 lfm Kabelschutzrohr DN 75 mm
- ca. 220 lfm Straßenbau, b = 5,50 m inkl. Auskoffnung

Ausführungszeitraum: Baubeginn: 15. Juni 2020.

Bauende: 14. August 2020

Auskunftsstelle: Ingenieurbüro Walch & Plangger, Graf 134, 6500 Landeck, Tel. +43/ (0)5442/62223-30, E-Mail: richard@walchplangger.at

Angebotsabgabe: Ingenieurbüro Walch & Plangger, Graf 134, 6500 Landeck, bis 8. Mai 2020, 11 Uhr.

Nach Angebotsprüfung wird mit den drei bis fünf Bestbietern eine Preisverhandlung durchgeführt.

Vergabekriterium: Billigstbieter.

Angebotsunterlagen: Die Unterlagen sind beim Ingenieurbüro Walch & Plangger, Graf 134, 6500 Landeck, ab **24. April 2020**, Tel. +43/ (0)5442/62223-30, E-Mail: richard@walchplangger.at erhältlich.

Kaunertal, 24. April 2020

Für die Gemeinde Kaunertal:

Der Bürgermeister: Josef Raich

Nr. 254 • Gemeinde St. Leonhard im Pitztal

DIREKTVERGABE

mit vorheriger Bekanntmachung

Kurzfilmproduktion inkl. Recherche und Drehbuch

(CPV Code: 92000000-1)

Auftraggeber: Gemeinde St. Leonhard im Pitztal, Nr. 115, 6481 St. Leonhard im Pitztal.

Vorhaben: Produktion eines Kurzfilms zum Thema Steinbock für das Tiroler Steinbockzentrum in St. Leonhard im Pitztal. Leistungsumfang: Recherche und Konzepterstellung, Drehbuch, Vorproduktion, Produktion, Postproduktion.

Umsetzungszeitraum: 11. Mai bis 15. August 2020.

Ausschreibungsunterlagen: Die Ausschreibungsunterlagen können ab 29. April 2020 bei der Gemeinde St. Leonhard im Pitztal (gemeinde@st-leonhard-pitztal.tirol.gv.at) angefordert werden.

Abgabeformen: Die Angebote sind per E-Mail zu übermitteln (gemeinde@st-leonhard-pitztal.tirol.gv.at) und müssen bis spätestens 7. Mai 2020, 12 Uhr dort einlangen. Teil- und Alternativangebote sind nicht zulässig.

St. Leonhard im Pitztal, 24. April 2020

Erscheinungsort Innsbruck Verlagspostamt 6020 Innsbruck	Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt
--	--

DVR 0059463

Herausgeber: Amt der Tiroler Landesregierung, 6010 Innsbruck

Erscheint jeden Mittwoch. Redaktionsschluss: Freitag, 12 Uhr.

Bezugsgebühr € 60,- jährlich.

Einschaltungen nach Tarif.

Verwaltung und Vertrieb: Landeskanzleidirektion,

Innsbruck, Neues Landhaus,

Tel. 0512/508-1972 – Fax 0512/508-741990 – E-Mail: bote@tirol.gv.at

Redaktion: Innsbruck, Landhaus,

Tel. 0512/508-1976 – Fax 0512/508-741990 – E-Mail: bote@tirol.gv.at

Internet: www.tirol.gv.at/bote

Druck: Eigendruck